

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 7
Sept./Okt.
2008

Wer hat, dem wird gegeben

Steuergeschenke und Schuldenabbau verhindern Armutsbekämpfung

Marburg ist in einer endlosen Zeitschleife gefangen – ganz wie im Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Jedes Jahr im November verkündet Oberbürgermeister Egon Vaupel in den Haushaltberatungen, entweder dass man sparen müsse, weil die Zeiten schlecht seien oder dass man sparen müsse, weil sie gut seien, aber schlechte bevorstünden. Deshalb konnte auch kein Schulmittelfonds für alle armen Kinder, geschweige denn eine Energieagentur finanziert oder der Kulturhaushalt aufgestockt werden. Und wenn der Frühling naht, ist es so sicher wie das Erscheinen des Murmeltiers im US-Städtchen Punxsutawney, dass die Gewerbesteuer viel üppiger ausfallen wird als vorgesehen. Alle Behauptungen, es sei kein Geld da, dienten nur dazu, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

In diesem Jahr werden dank der Gewinnschwemme bei Großunternehmen über 100 Mio. Euro Gewerbesteuern eingenommen – fast doppelt soviel wie geplant. Die Fehlprognosen von 2007 (24 Mio. Euro Mehreinnahmen) und 2006

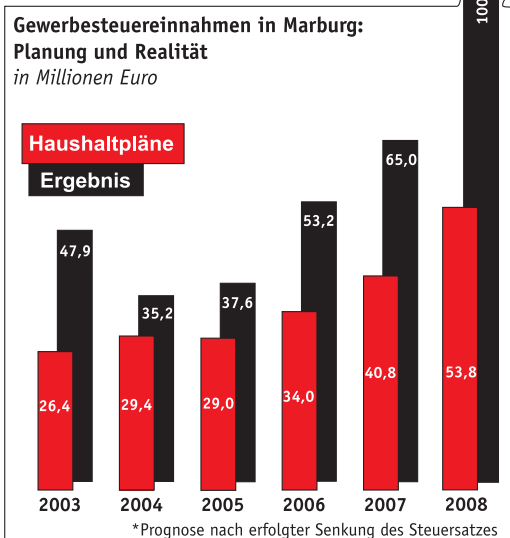
(19 Mio.) werden weit übertroffen.

Wie im letzten Jahr dient der Überschuss vor allem dem Schuldenabbau. Vaupel lässt sich dafür feiern, obwohl kein akuter Handlungsbedarf besteht. Der Schuldenstand der Stadt und ihrer Unternehmen war bereits 2007 nur halb so hoch wie in vergleichbaren hessischen Städten.

„Wir haben andere Kriterien, um die Haushaltspolitik zu bewerten,“ erklärt Pit Metz, Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken. „Wir fragen, ob es gelungen ist, die Armut in Marburg zu verringern, wie viele Ein-Euro-Jobs

in ordentliche Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und ob die Niedriglöhne bei den Tochterfirmen der Stadtwerke angehoben wurden.“ *Fortsetzung S. 2*

Geld ist genug da



▲ Die Gewerbesteuer, die dank hoher Gewinne boomt, wird bei den Haushaltsberatungen stets klein gerechnet, um Ausgabenkürzungen durchzusetzen. Damit den Aktionären und Eigentümern noch mehr von den Profiten bleibt, hat Rot-Grün den Steuersatz um 30 Prozent gesenkt.

Keine Kinder im Abseits!

DIE LINKE im Kreistag fordert Schulsachenfonds

Wird ein Kind eingeschult, braucht es Ranzen, Mäppchen, Turnbeutel, Hefte, die Schultüte und viele weitere notwendige Dinge. Da kommen schnell mehr als 100 Euro zusammen, die manche Familien nicht aufbringen können. Auch die „normalen“ Anschaffungen für ein neues Schuljahr sind kostspielig. Naturgemäß wollen auch arme Eltern für ihre Kinder alles tun, damit diese zufrieden sind. Zu Beginn eines jeden Schuljahres stehen Geringverdienende, Arbeitslose und

Alleinerziehende damit vor einem nahezu unlösbaren Dilemma.

DIE LINKE fordert deshalb den Landkreis als Träger der Sozialhilfe auf, künftigen ABC-Schützen aus einem Schulsachenfonds eine einmalige Beihilfe von 120 Euro zukommen zu lassen. Ab der zweiten Klasse sollen SchülerInnen 90 Euro erhalten. Die hessische Landesregierung soll im Bundesrat eine Erhöhung des Regelsatzes von Hartz IV und Sozialhilfe auf über 420 Euro durchsetzen.

In Hessen leben 125.000 Kinder unter 15 Jahren auf Hartz-IV-Basis. Davon sind 75.000 Schulkinder. In unserem Landkreis sind es zur Zeit 4005 Kinder. Diese Kinder erhalten 208 Euro im Monat als Regelsatz. Das Kindergeld wird auf den Regelsatz angerechnet und geht somit spurlos an den Kindern vorbei. Diesen Kindern gilt es zu helfen. Auch materiell. Dafür streitet DIE LINKE im Kreistag.

Das Beratungsangebot des Landkreises unter dem Titel „Bedarf erkennen und Strukturen verbessern“ ist sicherlich gut gemeint. Eine echte, materielle Hilfe ersetzt dies nicht. *Heidi Boulnois*

Kommentar

Verlässlichkeit

Würde es ein hessisches „Wort des Jahres“ geben, der Begriff „Verlässlichkeit“ wäre ein Favorit auf den Titel. Allerorten wird verlangt, dass der Weg zu einer von links gestützten rot-grünen Minderheitsregierung mit der Verlässlichkeit der LINKEN gepflastert werde. Darunter wird häufig die Zustimmung zu allen Landeshaushalten bis 2013 sowie die Unterstützung wichtiger Gesetzesvorhaben verstanden.

Vergewissern wir uns zunächst, was der allgemeine Wortschatz besagt: Verlässlichkeit bedeutet, dass man einer Person oder Gruppe vertrauen kann, dass sie dazu steht, was sie verspricht. Das Motto der LINKEN vor der Wahl war erstens: „Nur eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Koch.“ Daher wird die Linksfraktion im Landtag mit ihren sechs Stimmen dazu beitragen, Koch abzuwählen. Bei einem bloßen Regierungswechsel darf es allerdings nicht bleiben. DIE LINKE stritt zweitens für einen grundlegenden Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und demokratischer Erneuerung der Gesellschaft.

Sollten SPD und Grüne im Wahlkampf nicht nur links geblinkt haben, sondern jetzt auch bereit sein, links abzubiegen und die gemeinsamen Schnittmengen wie etwa beim Mindestlohn und der Gemeinschaftsschule zu nutzen, wird es dafür zu einer Unterstützung durch DIE LINKE kommen. Blankoschecks wird es allerdings weder für einen Haushalt noch für die Verlängerung auslaufender Gesetze geben. Das alleinige Ziel muss sein, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Hier bleibt DIE LINKE verlässlich. *Jan Schalauske*

Bebauung nach Gutsherrenart

Trotz Verbot durch Bebauungsplan: Investoren dürfen an B3a Appartements errichten

Wie Zeitungsinseraten und Flyern der BHW zu entnehmen ist, können StudentInnen ab Oktober 2009 schöne, 32 qm große Appartements für etwa 10 Euro/qm mieten. An der Autobahn zwischen Mensa und Phil-Fak

gelegenen, wird der Blick auf Altstadt und Schloss bis 2010 zu genießen sein, dann wird er durch weitere Bauabschnitte wieder verschwunden sein. Die Wege zum ebenfalls geplanten Campus Firmanei, zu den Geisteswissenschaften und der zen-

tralen Bibliothek sind gut mit dem Fahrrad oder zu Fuß zu erreichen.

Dagegen ist wenig einzuwenden, wenn da nicht ein rechtskräftiger Bebauungsplan im Wege stehen würde, der die Bebauung in dem geplanten Ausmaß verbietet: „Entlang der Straßenfront zur B 3 sind Wohnungen gemäß § 1 (5) + (9) BauNVO ausgeschlossen.“ Nun gibt es Tricks (der Kenner sagt: Befreiungen nach § 31 des BauGB), um die verbindlichen Festsetzungen zu umgehen. Offensichtlich haben die zuständigen Stadtväter dem Investor aus Gießen schon signalisiert: Ihr könnt hier bauen – wir machen den Weg frei.



▲ So sollen die Appartementblöcke aussehen, die ein Gießener Investor an die Stadtautobahn zwischen Phil-Fak-Unterführung, Feuerwehr und Mensa setzen will.

Mehr Profit durch Lohndumping

Privatisierung der Unilink führt zu Stellenabbau und Niedriglöhnen

„Wer pflegt, der geht, wer schreibt, der bleibt!“ Dieses Motto sei symptomatisch für die Arbeit des Rhön-Konzerns an den Uni-Kliniken in Gießen und Marburg (UKMG). Nicht der Mensch stehe im Mittelpunkt, sondern die Abrechnung möglichst vieler Leistungen, die die Profite der Aktionäre erhöhen, berichtet eine Krankenschwester aus dem Klinikum.

Als vor gut zweieinhalb Jahren die Privatisierung des Uni-Klinikums in Gießen und in Marburg anstand, warnten GewerkschafterInnen, dass bei Übernahme des Klinikums durch die Rhön AG lediglich Profite im Mittelpunkt stehen würden. Die von allen Seiten geäußerten Warnungen vor Stellenabbau, Niedriglöhnen und vermehrter Arbeitsbelastung wurden in den Wind geschlagen.

Nun wird selbst die von GegnernInnen der Privatisierung vorgebrachte Kritik von der Wirklichkeit überholt. Nicht nur, dass zwei-

einhalb Jahre danach bereits 470 Arbeitsplätze verschwunden sind, sondern jetzt wurden 525 Stellen in eine neue UKMG Service GmbH überführt. Für die Reinigungs- und Küchenkräfte, für die Beschäftigten vom Fahrdienst, der Poststellen und anderer technischer Bereiche heißt es, Abschied nehmen von Löhnen nach dem BAT-Tarifvertrag. Peter Mein von der UKMG-Geschäftsführung: „Der alte Angestellten-Tarifvertrag ist viel zu teuer im Verhältnis zu den Kosten, die ein externes Reinigungsunternehmen in Rechnung stellen würde“. Mit der Gründung der Service-Gesellschaft tut man den Beschäftigten noch etwas Gutes, sichert man damit doch angeblich Arbeitsplätze, die ansonsten an andere Firmen vergeben werden müssten. Wie ein Familienoberhaupt, das jetzt monatlich über 300 weniger in der Lohntüte hat, seine Familie ernähren soll, konnte Mein allerdings nicht beantworten. *Frank W. Regulski*

Tote helfen beim Schuldenabbau

Wer in Marburg die Asche eines Angehörigen in einer Urnenwand beisetzen will, muss tief in die Tasche greifen. Ab 2009 verlangt der Magistrat dafür 1.950 Euro statt bisher 1.200 Euro.

Bei Urnenbestattungen rückt Marburg mit Preissteigerungen bis zu 115 Prozent in die Spitze der hessischen Kommunen auf.

Die Marburger Linke hält die Erhöhungen für willkürlich und forderte, eine detaillierte Kostenaufstellung vorzulegen.

Offensichtlich sollen die Urnen-

Nach einem Stadtparlamentsbeschluss, der von der Marburger Linken gestellt und vom Stadtparlament einstimmig angenommen wurde, musste die Rechtmäßigkeit der Bebauung aber erst überprüft werden. Wie erwartet, fiel das in Auftrag gegebene Rechtsgutachten (den Gutachter bestimmte der Magistrat) zugunsten der Bauplaner aus, so dass nach Auffassung der Kritiker ein eklatanter Rechtsbruch stattfinden wird, der alle Bebauungspläne der Stadt Marburg (mehr als 200!) ad absurdum führen würde.

Der Magistrat entscheidet sich mal wieder für die Erfüllung der Wünsche von Investoren und kommt so seiner rechtlich verbrieften Pflicht, Entscheidungen zu Gunsten der Stadt Marburg zu treffen, nicht nach. *Hartmut Lange*

bestattungen überteuert werden, um die Unterhaltung der Flächen mitzufinanzieren, die in der Vergangenheit durch Erdbestattungen entstanden sind – und für die bereits Gebühren erhoben wurden.

Das Loch im Gebührenhaushalt ist zum Teil gemacht, da Zuschüsse der Stadt für die Pflege des parkähnlichen Hauptfriedhofs gekürzt wurden. Kommentar des Fraktionschefs der Linken Pit Metz: „Die Hinterbliebenen sollen offenbar einen Beitrag dazu leisten, Marburg schuldenfrei zu machen.“ (nb)

Wer hat, dem wird gegeben

Fortsetzung von S. 1

In Marburg reicht das Geld zwar, um die Alte Universität für 220.000 Euro zu beleuchten, aber nicht, um den Stadtpass so zu verbessern, dass alle armen Menschen kostenlos Bus fahren können.

Das soll in Zukunft so bleiben. Die rot-grüne Koalition beschlossenen unter die Arme zu greifen, die es am wenigsten nötig haben: den großen Unternehmen. Indem der Gewerbesteuerhebesatz um 30 Prozent gesenkt wurde, verbleiben diesen jährlich zwischen 4 und 7 Mio. Euro mehr an Gewinn. Davon profitieren fast nur große wie Novartis, Deutsche Vermögensberatung oder Rhön Klinikum AG.

Dass Vaupel neben diesem „Signal an die Wirtschaft“ die Bekämpfung der Kinderarmut als zweiten Schwerpunkt sieht, ist schwer zu glauben, wäre doch in diesem Jahr die beste Gelegenheit gewesen, damit anzufangen. Und wer wie der Oberbürgermeister meint, in Marburg würden „einige hundert Kinder“ in Armut leben, sollte wenigstens Geld für die Erstellung eines Armutsberichtes investieren, der den Namen verdient. Dann wüsste er, dass 1.500 Kinder in Hartz-IV-Familien leben und ähnlich viele in Familien, die von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I oder Niedriglöhnen leben müssen.

Nico Biver

Der Schauantrag kam von der CDU

Stellungnahme von Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag

In der Berichterstattung zur Kreistagssitzung gab es reichlich Wirbel um Dich und die Fraktion DIE LINKE im Kreistag. Was war da los?

Die Presse hat zwei Vorgänge der letzten Sitzung aufgegriffen. In einem Sommerinterview hatte Kanzlerin Merkel behauptet, dass allen EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II die Kosten für Heizung und Strom erstattet werden und sie damit nicht von den Preissteigerungen betroffen seien. Dies stimmt jedoch so nicht, da Stromkosten lediglich als Festbetrag berücksichtigt und Heizkostensteigerungen nur bei „Angemessenheit“ in vollem Umfang erstattet werden. Da die Energiekosten seit 2005 um ca. 50 Prozent gestiegen sind, bedeutet dies eine enorme finanzielle Belastung der Hartz-IV-Betroffenen.

Wie schlecht sich die Bundeskanzlerin auskennt, wollte unsere Fraktion durch einen Antrag anprangern. Leider habe ich selbstironisch von einem „Schauantrag“ gesprochen, da mir bewusst war, dass man im Kreistag wenig Einfluss auf die Bundespolitik hat. Somit wur-

de ich von der Presse als unglaublich hingestellt, obwohl ich ein schwerwichtiges gesellschaftliches Problem zu thematisieren versucht habe.

Der eigentliche Schauantrag der Kreistagssitzung wurde aber seitens der Koalition (CDU) als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Anlass war ein fünf Jahre altes Plakat einer Friedensorganisation, das angeblich die Ehre unserer Soldaten verletzt, und deshalb verurteilt werden sollte.

Dieser Antrag war lächerlich, da das Plakat nirgendwo im Kreis zu sehen war und die CDU nur Medienberichte aufgegriffen hatte. Er diente nur dazu, DIE LINKE zu diffamieren, weil wir die einzige Partei sind, die für strikten Antimilitarismus eintritt und gegen Kriegseinsätze im Ausland ist. Hier wurde nicht über die Brutalität von Kriegen, über getötete oder schwer verletzte Menschen debattiert, sondern über das Gemeinschaftsgefühl mit „unseren Soldaten“ in Afghanistan.



▲ Anna Hofmann (Foto: Carina Becker)

Ortsverband der LINKEN im Norden

„DIE LINKE Ortsverband Cölbe, Lahntal, Münchhausen und Wetter“ so heißt seit dem 9. September der erste Ortsverband des Kreisverbandes der LINKEN Marburg-Biedenkopf. Elf Mitglieder und Sympathisierende konnte der frisch gebackene Wetteraner Stadtverordnete der LINKEN Gero Vogel, der für Uli Neidlinger nachgerückt war, aus den Gemeinden des Nordkreises begrüßen. Hajo Zeller, Vorsitzender des Kreisverbandes, leitete die erfrischende Diskussion über Ziele und die nächsten Aufgaben des Ortsverbandes. Einmütig wählten die Mitglieder Martin Krieger, Wolfgang Pohlmann und Chris Willeroth in den Vorstand.

Bad Endbach in der Verschuldungsfalle

Eigentlich hätte die Mehrheit der Bad Endbacher Bürgerinnen und Bürger gar nichts gegen den Bau eines Thermalbades mit Kosten von 11 bis 12 Mio. Euro abzüglich 4,5 Mio Landeszuschuss einzuwenden, um den daniederliegenden Kurbetrieb anzukurbeln, wären sie nicht angesichts von schlechten Erfahrungen misstrauisch geworden.

Durch verschiedene Prestigeobjekte, die nicht nur von der CDU/FWG-Mehrheit, sondern auch von der sich als Opposition verstehenden SPD gegen große Widerstände durchgesetzt worden, ist der Gemeindehaushalt so stark belastet, dass er zuletzt nur mit der Auflage von Gebührenerhöhungen genehmigt wurde. Die Menschen vor Ort bekommen es bereits bei den

erhöhten Verwaltungs-, Friedhofs- und Kindergartengebühren zu spüren. Wenn bei der Planung wenigstens auch die Bedürfnisse der einheimischer Kinder und Familien berücksichtigt worden wären, anstatt sich nur auf die Interessen potentieller Kurgäste zu konzentrieren. Ein Bürgerbegehren gegen das Projekt ist wegen einer Fristversäumnis von wenigen Tagen gescheitert.

Zu allem Überflus planen Bürgermeister Markus Schäfer und der Gemeindevorstand auch noch den Bau eines Bowling-Centers mit Kosten von ca. 1,25 Mio. Euro. Die älteren Bürgerinnen und Bürger befürchten, dass die starke Verschuldung der Gemeinde noch ihre Kinder und Enkel belasten wird.

Hans Rink



Neu im Kreistag

Ulrike Grünheid ist seit Anfang September Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf. Sie rückte für Herwig Selzer nach, der sein Mandat aus persönlichen Gründen aufgegeben hat. Damit besteht die Fraktion jetzt aus vier Frauen. Neben Grünheid sind es Anna Hofmann, Heidi Boulnois und Inge Sturm.

Termine

Regelmäßige Termine
im Linken Zentrum
Frankfurter Str. 15

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

► Linksjugend **[solid]**, donnerstags, 18.00 Uhr

► Erweiterte **Fraktion Marburger Linke**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, donnerstags, 19.30 Uhr

► Die Studierendengruppe **SDS.DIE LINKE** trifft sich dienstags, 20.00 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Frank Regulski, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver, Stefan Knaab

Druck: Druckhaus Marburg

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr

Redaktionsschluss: 26. September 2008

Abonnement: Spende erwünscht

Kontakt

DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf
Frankfurter Str. 15

35037 Marburg

Tel. 06421-163873

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de

Coupon

Ich will Paroli bekommen

Ich will Mitglied werden

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

DIE LINKE. Frankfurter Str. 15,
35037 Marburg

Das Letzte

Schubkraft
Opposition

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause reichte die rot-grüne Koalition einen Dringlichkeitsantrag ein, wonach Kinder armer Familien eine Zuwendung von 150 Euro für die Anschaffung der wichtigsten Materialien für ihren Schulunterricht erhalten können. Lange vorher schon hatte die Marburger Linke dasselbe gefordert, allerdings mit breiterer Ausstattung. Alle anderen Fraktionen hatten dies abgelehnt.

Offenbar waren danach die Daten des Bundes-Armutberichts durchgesickert, insbesondere die erschreckenden Zahlen zur Kinderarmut. Einen Tag, nachdem die hessische LINKE eine Kampagne gegen diesen sozialen Skandal gestartet hatte, wurde für die Marburger Koalition plötzlich dringlich, was sie bis dahin abgelehnt hatte.

Derselbe Vorgang wiederholte sich in derselben Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf anderem Gebiet:

Bereits 2004 hatte die Marburger Linke eine Satzung zur Solaren Baupflicht beantragt. Sie wurde einstimmig abgelehnt. 2008 tauchte dieselbe Idee wieder auf, nunmehr als Antrag der rot-grünen Koalition. Unter großer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist eine Satzung zur Solaren Baupflicht Ende Juni verabschiedet worden. Sie ist weniger umfassend als der ursprüngliche Antrag der Marburger Linken, aber das ist wohl in Ordnung so: so entsteht größere Rechtssicherheit gegenüber den Versuchen des CDU-Regierungspräsidenten in Gießen, die Sache zu sabotieren.

SPD-Politiker Carlo Schmid bemerkte in den fünfziger Jahren: „Die Opposition ist der andere Bewegener der Politik.“

Bewegen wir also weiter!

Georg Fülberth

“Marx an die Uni“ bleibt aktuell

Der SDS setzte Akzente bei Stupa-Wahlen und durch Bundeskongress in Marburg

Die Marburger Gruppe des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS konnte bei den Wahlen zum Studierendenparlament vom 17. bis 19. Juni ihr Ergebnis vom Vorjahr halten. Unter dem Motto „Für die eigenen Interessen kämpfen“ verteidigte die Gruppe ihre zwei Sitze und erreichte 5,6 Prozent der Stimmen. Auch wenn man sich eine Steigerung erhofft hatte, war die Wahl ein Erfolg für die Linke an der Universität. Mit der Linken Bündnisliste und der Demokratischen Linken konnten zwei Listen, die zusammen mit SDS.DIE LINKE Marburg im AstA arbeiten, stark dazu gewinnen und jeweils drei Sitze erringen. Zahlenmäßig ging die jetzige AstA-Koalition gestärkt aus den Wahlen hervor. Ob es auch eine politische Stärkung ist, werden die weiteren

Koalitionsverhandlungen zeigen. Direkt im Anschluss an die Stupa-Wahlen ging es



für den SDS.DIE LINKE Marburg ohne Pau-

se weiter. Die Hochschulgruppe war Gastgeberin des 2. Bundeskongresses von DIE LINKE.SDS, der vom 20. bis 22. Juni in den Räumen der Phil-Fak (Geisteswissenschaftliche Institute) stattfand. Einhundert Delegierte und Gäste aus der ganzen Republik diskutierten an diesem Wochenende unter dem Motto „Marx an die Uni“ über die hochschulpolitische Strategie des Verbandes und die Zukunft kritischer Wissenschaft an den Hochschulen. Zentrale Punkte für das kommende Semester werden ein verstärktes Engagement gegen Rüstungsforschung und die Durchführung von Kapital-Lesekreisen sein. Samstagabends wurde dann der neue Bundesvorstand gewählt, in dem mit Jan Schalauske auch ein Marburger vertreten ist.

Max Jablonowski

Blochin statt Coca Cola

Ein augenzwinkernder Kinderblick auf 1968 und danach

„Was für eine schöne Zeit, als die Menschen noch gesellschaftliche Träume hatten.“ Richard David Precht wird 1964 in Solingen geboren. Der Bestsellerautor („Wer bin ich – und wenn ja wie viele?“) hat 2005 seine Kindheitserlebnisse unter dem Titel „Lenin kam nur bis Lüdenscheid. Meine kleine deutsche Revolution“ aufgeschrieben und 2008 von André Schäfer verfilmen lassen.

Precht wollte den vielen Abrechnungen mit 1968 etwas entgegen setzen. Herausgekommen ist keine nostalgische Rückschau, sondern eine amüsante Zeitreise.

„Kinder kommen aus Mamas Bauch oder aus Vietnam ...“ weiss der kleine Richard. Die Eltern sind überzeugte Linke, geprägt vom Vietnam-Krieg. Sie gehören zu den ersten, die vietnamesische Kriegswaisen adoptieren. Der DKP steht man positiv gegenüber, verschmäht aber auch gedankliche Anleihen aus der libertären Ecke nicht. „Summerhill“ hat man verschlungen, aber

die Erziehung, die Richard und seine vier Geschwister genießen, ist nur zum Teil antiautoritär. Wände dürfen bemalt werden, aber bei der Politik gilt das Wort der Eltern.

Fernsehen ist (vor allem wegen der US-Serien) ebenso tabu wie Popmusik und Coca Cola. Der kleine Richard erfreut sich stattdessen an Franz Josef Degenhardts Lied über die ermordeten Anarchisten Sacco und Vanzetti, wobei er nicht „Euer Kampf, Nicola und Bart“ sondern „nie Cola und Bart“ versteht.

Er begeisterte sich für die DDR und die Sowjetunion. Der Tierpark Friedrichsfelde („der größte Zoo der Welt“) faszinierte ihn ebenso wie die Dynamo Kiew mit dem Linksaußen Blochin oder die DDR-Nationalmannschaft, die 1974 „Deutschland“ („Wir gegen uns?“) schlug.

An dem konservativen Gymnasium in Solingen war Richard Precht mit seinen Anschauungen ziemlich einsam. Aber einmal im Jahr gab es in Lüdenscheid das Pfingst-Camp von DKP und SDAJ. „Da war

die Weltrevolution geglückt.“

Der Film kombiniert Dokumentaraufnahmen mit Gesprächen, die Precht mit Vater, Geschwistern und dem Ex-Vorsitzenden der Solinger DKP führte und mit nachgestellten Szenen im Super-8-Stil.

Herausgekommen ist ein Werk, das bei linken Eltern oder Kindern von Alt-68ern nicht nur nostalgische Gefühle aufkommen lässt, sondern Stoff für lebhaftere Diskussionen bietet. Wer den Film in Marburg verpasst hat (er lief vier Tage um 15.15 Uhr) sollte auf eine baldige Wiederholung hoffen oder zum Buch greifen.

Nico Biver

